



Dr. Marion Gräfin Dönhoff  
2. Dezember 1909–11. März 2002.  
Deutsche Journalistin und  
Herausgeberin.

Geboren in Ostpreußen, Studium der Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main, Promotion in Basel. 1938 Übernahme der Verwaltung der Familiengüter. Verbindung zu Kreisen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

1945 Flucht zu Pferde in den Westen.

1946 Eintritt in die Redaktion der Zeitung „Die Zeit“. Hier wird sie 1955 Ressortleiterin für Politik und stellvertretende Chefredakteurin, 1968 Chefredakteurin, 1972 bis zu ihrem Tode Herausgeberin des Blattes, mit dem sie viele Diskussionen in Deutschland bestimmt.

Zahlreiche Buchveröffentlichungen, darunter „Namen, die keiner mehr nennt“ 1962. Unter ihren bedeutenden Auszeichnungen 1971 der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

## Dr. Marion Gräfin Dönhoff

*Herausgeberin der Wochenzeitung DIE ZEIT, Hamburg*

### „Die Presse in der Demokratie“

Meine Damen und Herren!

Die meisten von uns halten zwei Dinge für ganz selbstverständlich: erstens, daß jeden Morgen auf dem Frühstückstisch eine Zeitung liegt, und zweitens, daß es sich dabei um ein unabhängiges Blatt handelt. Diese Annahme – zu denken, daß es selbstverständlich sei – beruht auf einem Irrtum.

Die wirtschaftliche Situation der Presse ist derzeit so, daß man sich das Ende aller Zeitungen sehr wohl vorstellen kann. Und was die Unabhängigkeit anbetrifft, so muß man sich darüber im klaren sein, daß diese auch in der Demokratie stets bedroht ist. Alle Interessengruppen – egal welcher Art, ob Gewerkschaften, Parteien, Industrie – streben ständig danach, mehr Einfluß zu haben, als ihnen nach demokratischen Maßstäben in einer pluralistischen Gesellschaft zusteht.

Doch zunächst zur wirtschaftlichen Situation. Um Ihnen einen Begriff von der Kostenschere zu geben, in die die Presse hineingeraten ist, will ich Ihnen nicht Durchschnittszahlen geben, die doch im allgemeinen nichts aussagen, vielmehr Ihnen konkrete Zahlen nennen, die die Wochenzeitung „Die Zeit“ betreffen.

„Die Zeit“, die mit einer verkauften Auflage von 345 000 Exemplaren die überregionale Tagespresse „Die Welt“, „FAZ“ und „Süddeutsche Zeitung“ überrundet hat – das sage ich nicht, um Schleichwerbung zu betreiben, sondern weil das Faktum eine Rolle spielt bei dem, was ich auszuführen gedenke –, hat trotz dieser sehr hohen Auflage nie große Gewinne abgeworfen, aber sie hat sich – wenn man das Magazin, das noch im Aufbau ist, außer Ansatz läßt – immer getragen.

Nun also die Zahlen. Verglichen mit 1973 mußte „Die Zeit“ 1974 mit folgenden Kostensteigerungen rechnen: Mehrausgaben für Papier: 4 Millionen DM, Mehrausgaben für Herstellung, Druck und Redaktion: 2 Millionen DM. In diesem Jahr, also 1975, kommen noch die erhöhten Postgebühren dazu, was die Ausgaben um weitere 1,3 Millionen DM erhöht.

Auf der Einnahmeseite war im Jahre 1974 gleichzeitig ein Rückgang des Anzeigengeschäfts von netto 1,2 Millionen DM zu verzeichnen.

Welche Möglichkeiten gibt es, diese beiden Enden zusammenzubringen? Es gibt nur zwei: erstens die Erhöhung des Anzeigenpreises, zweitens die Erhöhung des Verkaufspreises.

In einer Zeit aber, in der die Wirtschaft begonnen hat, ihre Werbeetats zu kürzen, weil das Geld knapp und teuer ist und jeder sich einschränkt, ist die Möglichkeit, die Anzeigenpreise wesentlich hinaufzusetzen, nicht sehr groß. Es ist auch nicht ohne Risiko, den Vertriebspreis zu erhöhen. Wenn dann nämlich weniger Leute die Zeitung kaufen, kann wieder der Anzeigenpreis nicht erhöht werden, weil dieser eine Funktion der Auflagenhöhe ist. Wir haben darum den Anzeigenpreis zum 1. Januar 1975 nur um durchschnittlich 10 Prozent erhöht und hoffen, daß das einen Mehrerlös von etwa 2,5 Millionen DM erbringen wird. Der Verkaufspreis ist von bisher 1,80 DM auf 2,- DM hinaufgesetzt worden. Das soll, falls die Auflage nicht sinkt, 2 Millionen DM mehr erbringen. Damit ist aber nur etwa die Hälfte des Minus ausgeglichen. Wenn der Verleger der „Zeit“ nicht gut vorgesorgt hätte, würde es uns heute so wie vielen anderen ergehen: Wir würden in große Schwierigkeiten geraten.

Eine dritte, höchst unorthodoxe und auch nur einmal anwendbare Möglichkeit, die Einnahmen zu erhöhen beziehungsweise die Kosten zu senken, bot die Idee, das Format des Magazins zu verkleinern, das heißt, den Rand um ungefähr 1,5 Zentimeter zu beschneiden. Das hat eine Ersparnis von 800 000 DM erbracht. Wen diese Zahl verblüfft, der sollte wissen, daß dasselbe Vorgehen beim „Stern“ eine Ersparnis von 8 Millionen DM im Jahr

zur Folge hatte.

Die geschilderte Pressemisere betrifft nicht nur Deutschland, sondern die gesamte westliche Welt. Überall reißt die Kostenschere ihr Maul immer weiter auf. In London haben im vergangenen Jahr fast alle Zeitungen Fleet-Streets Minus gemacht. Lord Thomson erklärte neulich, daß die „Times“ ihn in den letzten Jahren 10 Millionen Pfund gekostet habe. Der „Guardian“ hätte, wie der Chefredakteur mir selbst kürzlich erzählt hat, ohne sein Schwesterblatt, die „Manchester Evening News“, überhaupt nicht überleben können. Selbst „Daily Mail“ und „Daily Express“, also Massenzeitungen mit einer 3-Millionen-Auflage, haben zu kämpfen.

In Italien rechnet der „Corriere della Sera“ mit einem Debet von 30 Millionen DM im Jahre 1975.

Nun ist diese Situation natürlich nicht über Nacht eingetreten. Seit Jahren sterben allenthalben Zeitungen. In der Schweiz sind während der letzten fünf Jahre 74 Blätter eingegangen; in Schweden waren es seit Endes des Krieges 77. In der Bundesrepublik beträgt die Zahl eingegangener plus fusionierter Zeitungen insgesamt 120. Aber die Misere hat sich, wenngleich sie nicht plötzlich entstanden ist, im letzten Jahr enorm beschleunigt. Im vorigen Jahr ist eine ganze Reihe alter, renommierter Zeitungen verschwunden. In Frankreich wurde der „Combas“, das traditionsreiche Blatt der Resistance, eingestellt, in der Bundesrepublik die seit 230 Jahren bestehenden „Bremer Nachrichten“, in Holland die über 100 Jahre alte Zeitung „De Tijd“, eines der führenden katholischen Blätter Europas.

Natürlich ist es möglich, daß manche Blätter nicht an der Kostenschere gescheitert sind, sondern daran, daß sie sich einfach überlebt hatten und darum eingegangen sind. Aber bei der Fusion, dem zweiten Phänomen unserer Tage, handelt es sich meist um ganz gesunde Zeitungen, die unter normalen Umständen weiter existiert, oft auch floriert hätten. Sie waren aber gezwungen, zu fusionieren, um dem Kostendruck standzuhalten.

Der Kostendruck, der zur Konzentration führt, beruht nicht nur auf den erhöhten Lohnkosten und den gestiegenen Papierpreisen, von denen eingangs die Rede war, sondern auch auf dem Zwang, immer kostspieligere technische Ausrüstungen einzuführen. Was da an Kapitalaufwand auf uns zukommt, ist so gewaltig, daß es nur die ganz Großen werden überleben können.

Schließlich ist in vielen Fällen auch die Notwendigkeit, das Risiko zu reduzieren, ein Motiv für die Konzentration. Niemand weiß, ob das wetterwendische Publikum plötzlich eines Tages keine Lust mehr hat, eine bestimmte Zeitung oder beispielsweise eine bestimmte Illustrierte zu lesen. Gleich nach Ende des Krieges gab es in der Bundesrepublik 31 Illustrierte, von denen die Selektion des Marktes heute nur 4 übriggelassen hat.

Bei den Tageszeitungen sind die entscheidenden Gründe für den Trend zur Konzentration neben den schon genannten Kostensteigerungen die Konkurrenz durch das Fernsehen sowie – das ist ein sehr wichtiger Punkt – die Verschiebung des Schwergewichts der Einnahmen weg vom Vertrieb hin zu den Anzeigen, wodurch die Zeitungen alle sehr viel anzeigenabhängiger geworden sind. Vor dem zweiten Weltkrieg war das Verhältnis etwa 60 Prozent aus Vertrieb, 40 Prozent aus den Anzeigen, heute ist es umgekehrt.

Nach dem Motto „Die Reichen werden immer reicher“ macht die Fusion die Großen immer größer. An die Stelle der Vielfalt tritt die Herrschaft einiger Konzerne. Und da erhebt sich denn die bange Frage, ob die Verringerung der Anzahl der Meinungsträger zwangsläufig zu einer Einschränkung der Meinungsvielfalt, vielleicht sogar zu einem Meinungsmonopol führt.

In der Bundesrepublik ist die Zahl der Vollredaktionen während der letzten 20 Jahre auf die Hälfte zurückgegangen. Vor allem die kleineren Zeitungen mit Auflagen bis zu 60 000 Exemplaren haben nicht durchhalten können. In dieser Kategorie gibt es heute nur noch ein Drittel der Anzahl, die vor 20 Jahren, also 1954, vorhanden war.

In den meisten Großstädten hat die Konzentration, also das Einstellen oder Fusionieren konkurrierender Zeitungsunternehmen, dazu geführt, daß der Bevölkerung nur noch eine Tageszeitung zur Information über das aktuelle

örtliche Geschehen zur Verfügung steht. Große Städte, wie Augsburg, Nürnberg, Karlsruhe, Kassel, Mannheim, Kiel, jetzt auch Hannover und Aachen, haben jeweils nur eine Tageszeitung. Ein Drittel aller Menschen der Bundesrepublik hat heute keine Möglichkeit mehr, zu vergleichen. Das war vor 20 Jahren wesentlich anders. Während der letzten 20 Jahre haben in der Bundesrepublik im Durchschnitt jährlich neun Verlage ihre Pforten geschlossen. Die Auflagen der Tageszeitungen sind in der gleichen Zeit von etwa 13 Millionen täglich auf 18 Millionen Exemplare hinaufgegangen. Es gibt mithin weniger Verlage, aber höhere Auflagen. Heute verkaufen 6 Prozent aller Verlage über die Hälfte aller Tageszeitungen.

Die Gefahr solcher Machtzusammenballung ist evident. Meinungsmonopole könnten entstehen, die zu Informationskürzungen und schließlich zur Verödung einer lebendigen Demokratie führen. Allein im vorigen Jahr sind in der Bundesrepublik zwei neue mächtige Pressepools entstanden, einfach aus dieser Situation heraus. Im Südwesten des Landes, im Stuttgarter Raum, bildete sich der „Stuttgarter Zeitungs-Verlag“, dem die „Stuttgarter Zeitung“, die „Stuttgarter Nachrichten“, die „Südwestpresse“ in Ulm sowie die „Neue Württembergische Zeitung“ angehören. Alle zusammen haben etwa 600 000 Exemplare täglich.

Der zweite große Konzern hat sich im Ruhrgebiet gebildet, wo die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ in Essen und die „Westfälische Rundschau“ in Dortmund mit zusammen fast einer Million Exemplaren fusioniert worden sind. Selbst in den ersten vierzehn Tagen des gerade angebrochenen Jahres hat in Aachen bereits eine Fusion stattgefunden, wo sich eine der SPD nahestehende Zeitung mit einer verbunden hat, die der CDU zuneigt. Wie gewöhnlich, so heißt es auch in diesem Falle: „Unter Beibehaltung der redaktionellen Selbständigkeit und bei unveränderter grundsätzlicher Haltung.“ Aber wie gewöhnlich wird die Praxis auch in diesem Fall ganz anders aussehen.

Auch der Tod zweier Zeitungen ist in den vergangenen drei Wochen bereits annonciert worden. Es handelt sich um eine Zeitung in Hannover und um die „Saar-Zeitung“.

Nun ist die Frage, ob ein Minus an Vielfalt notwendigerweise zu einseitiger Meinungsbildung führt, durchaus schwer zu beantworten; denn schließlich hören ja fast alle Leute Rundfunk, und fast jeder Haushalt hat heute einen Fernsehapparat. Es ist auch legitim, sich zu fragen, ob eine wohl situierte Zeitung, die sich erstklassige Korrespondenten draußen und kompetente Kommentatoren drinnen leisten kann, nicht im Grunde viel mehr Erkenntnisse zutage fördert und bessere Informationen vermittelt als eine Vielfalt von Provinzzeitungen. Wie gesagt: Dies steht durchaus in Frage. Aber man wird bedenken müssen, daß die Lokalzeitungen wichtige demokratische Funktionen haben, nicht nur, weil sie das Gefühl der Zusammengehörigkeit in einer sich immer mehr atomisierenden Gesellschaft fördern, sondern auch, weil sie gegenüber den örtlichen Machthabern gewisse Kontrollfunktionen haben und ausführen sollten.

Natürlich hat jede Fusion über den unmittelbaren Vorgang hinaus allerlei Kettenreaktionen zur Folge. Nehmen wir einmal den Fall der Aachener Zeitung. Im Aachener Industrieviertel erscheint auch eine Ausgabe der NRZ, der „Neuen-Ruhr-Zeitung“. Es ist klar, daß diese mit ihrer nur für dort bestimmten kleinen Auflage von etwa 10 000 Exemplaren nicht mehr mit dem groß gewordenen fusionierten Gebilde konkurrieren kann. Die NRZ aber hat ohnehin vor einiger Zeit ihre Stadt- und Landausgabe von Aachen aus ähnlichen Gründen zusammenlegen müssen, und im vorigen Jahr hat sie ihre Lokalausgaben in Opladen/ Leverkusen und Köln zugunsten des Kölner „Stadtanzeigers“ aufgeben müssen.

Nun ist die wachsende Konzentration im Zeitungswesen einerseits ein normaler Vorgang, wie er überall in der Industrie stattfindet. Ja, auch in der Landwirtschaft sind die kleinen Höfe allmählich verschwunden. Aber die Konzentration der Presse beschwört doch besondere Gefahren herauf. Man darf beispielsweise nicht ganz ausschließen, daß die durch Konzentration zu riesigen Organisationen angewachsenen Zeitungsverlage eines Tages von

irgendwelchen Institutionen, Parteien oder Gewerkschaften übernommen werden. Damit wäre die Pressefreiheit naturgemäß sehr rasch dem Tode überantwortet. Auch muß man sich fragen, wie eigentlich verhindert werden soll, daß solche Pressegiganten unter Umständen eines Tages auf ein bestimmtes politisches Programm eingeschworen werden.

Die Presse ist eben nicht mit Industrie oder Landwirtschaft zu vergleichen; denn Zeitungen sind keine Ware wie Schuhe oder Kartoffeln, Zeitungen haben eine besondere Funktion. Ohne sie gäbe es keine öffentliche Diskussion, käme der Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung nicht in Gang. Und dieser ist schließlich die Grundlage jeder Demokratie. Darum ist die Pressefreiheit das erste, was in jedem neu entstehenden autoritären Staat vom Regime abgeschafft wird.

Goebbels schrieb nach dem 30. Januar 1933 triumphierend in sein Tagebuch: „Jetzt haben wir auch eine Handhabe gegen die Presse“ – er dachte an die Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat – „und nun knallen die Verbote, daß es nur so eine Art hat.“ 1933, bei Ausbruch des Dritten Reiches, gab es in Deutschland 4700 Zeitungen, am Ende, im Jahre 1945, waren nur noch 977 übrig.

Wie absolut unentbehrlich eine unabhängige Presse als Wachhund und Kontrollorgan in unserer Gesellschaft ist, in der das Individuum immer mehr von der organisierten Macht und den großen bürokratischen Apparaten erdrückt wird, weiß man in Amerika sehr viel besser als in Europa. In Amerika wird die Presse selbstverständlich als autonomer Teil des politischen Geschehens, sehr oft auch als vierte Kraft innerhalb der Gewaltenteilung, angesehen. Am allerbesten jedoch wissen die Dissidenten der Oststaaten, wie wichtig die Pressefreiheit ist. Einer von ihnen sagte mir einmal: „Freie Wahlen – das wäre schön, aber mir wäre eine freie Presse noch wichtiger. Wenn wir offen kritisieren und diskutieren könnten, dann gäbe es keine unbegrenzte Machtfülle mehr, und alles Weitere würde sich sehr bald finden.“

Ich möchte gleich wieder auf die Pressefreiheit zurückkommen, aber jetzt einen Punkt nachtragen. Sie erinnern sich, daß ich am Anfang sagte, es sei ein Irrtum, zu glauben, es sei selbstverständlich, a) jeden Morgen eine Zeitung zu haben, b) daß es sich dabei um ein unabhängiges Blatt handele. Ich glaube, der erste Punkt ist bewiesen worden. Zum zweiten Punkt möchte ich Ihnen das, was in Italien und England geschieht, vor Augen führen.

In England hat in der Gewerkschaft der Journalisten, der NUJ, eine kleine Gruppe von etwa 40 ganz radikalen Leuten – unter ungefähr 28 000 Mitgliedern – einen äußerst scharfen Kurs eingeschlagen: Es begann damit, daß im November letzten Jahres in der Provinz die Redakteure eine Erhöhung von 13 Pfund pro Woche forderten. Die Unternehmer wollten nur 5 Pfund zugestehen. Darüber kam es zu einem Streit. Die Journalisten-Gewerkschaft erklärte: So, wir verhängen jetzt den „closed shop“, das heißt, wir verlangen, daß alle Leute, die diesen Beruf ausüben, Mitglieder unserer Gewerkschaft sind, was natürlich dazu führte, daß diejenigen, die nicht Mitglieder waren, in den Zeitungen nichts mehr schreiben konnten. In einem Fall, in dem der Streit auf die Spitze getrieben worden war, hat ein Chefredakteur 66 Redakteure entlassen. Daraufhin ist dann der Kampf offen ausgebrochen. Eine Zeitung, die „Birmingham Post“, ist einige Tage überhaupt nicht erschienen, viele andere kamen im November und Dezember ständig mit weißen Spalten heraus.

Bei der „Birmingham Post“ ging – das ist ein interessanter Fall – folgendes vor sich:

Der Londoner City-Korrespondent dieser Zeitung wollte eines Tages, als der Krach schon im Gange war, wie stets über den Fernschreiber seinen Artikel von London nach Birmingham durchgeben. Daraufhin haben die Mitglieder der „National Graphic Association“, die dafür zuständig ist, gesagt: Nein, du bist nicht Mitglied der Gewerkschaft, deinen Artikel befördern wir nicht. Der Korrespondent hat daraufhin den Artikel durchtelefoniert, aber die Setzer bei seiner Zeitung haben sich geweigert, den Artikel zu setzen.

Einer der betroffenen Chefredakteure formulierte die Folge dieser

Gewerkschaftsmaßnahme so: Das sei – so sagte er – der Beginn einer Zensur durch die Gewerkschaften. Wenn das so bleibe, gebe es keine Chance mehr, Politiker, Professoren oder andere Außenseiter zu Wort kommen zu lassen, weil man ja nicht erwarten könne, daß sie Mitglied der Journalisten-Gewerkschaft seien.

Ob das so bleibt, hängt übrigens nicht allein davon ab, wie weit sich die Journalisten-Gewerkschaft durchsetzen kann, denn es gibt einen „industrial relation act“, durch den die Beziehungen der Unternehmer zu den Gewerkschaften neu geregelt werden sollen. Dieser Antrag ist am 7. Dezember im Parlament eingebracht worden. Er verlangt, daß alle Werkstätigen Mitglieder einer Gewerkschaft sein müssen, so daß der „closed shop“ dann sozusagen qua Gesetz eingeführt würde.

Ich habe diese spezifisch „englische Krankheit“ und ihre Folgen etwas ausführlicher geschildert, obgleich die Gewerkschaften in der Bundesrepublik, verglichen mit den Trade-Unions, geradezu Jünger Kantscher Vernunft sind und ähnliche Maßnahmen bei uns nicht exerziert werden. Gewisse Gefahren aber drohen von dem Presserahmengesetz, das sich mit dem Gedanken befaßt hat, den Tendenzschutz für Zeitungen aufzuheben, was dann auch die Möglichkeit schafft, unter Umständen eine Zensur durchzuführen.

Ein ähnlicher Fall hat sich im übrigen – im Januar 1973 – auch bei uns ereignet, und zwar seltsamerweise bei einer SPD-Zeitung – der „NRZ“ –, bei der Jens Feddersen Chefredakteur ist. Er hatte einen kritischen Artikel über den Zeitungstreik, der gerade im Gange war, geschrieben. Die Setzer haben daraufhin gesagt, den Artikel setzten sie nicht. Es gab einen langen Streit darüber, und schließlich ist damals auch diese Zeitung mit einer weißen Spalte erschienen. Dabei handelt es sich jedoch um einen Einzelfall, während es in England jetzt fast zur Regel gehört hat.

Das zweite Beispiel drohender Gefahr: Italien. Dort hat die Misere einen solchen Grad erreicht, daß es praktisch überhaupt keine unabhängige Zeitung mehr gibt. Eine Minderheit – etwa 24 Prozent – gehört verschiedenen Parteiorganisationen, die Mehrheit – 70 Prozent aller Zeitungen – ist in den Händen industrieller Gruppen. So gehört die Turiner „La Stampa“ – sie ist mit einer Auflage von 620 000 eine der großen Zeitungen Italiens – „Fiat“. Der Mailänder „Corriere della Sera“, genauso groß und wohl die bedeutendste Zeitung des Landes, wurde vor kurzem von dem Verleger Rizzoli, hinter dem die Montedison, also die Chemie, steht, gekauft. „Il Tempo“ in Rom gehört zu 60 Prozent ebenfalls Rizzoli, also auch der chemischen Industrie, und zu 40 Prozent Herrn Montelli, einem Ölmagnaten. „Il Giorno“ wird von der ENI, also ebenfalls vom Öl, kontrolliert. Attilio Monti, ein Industrieller, der sein Vermögen im Raffineriegeschäft – ich glaube, auch im Zuckergeschäft – gemacht hat, erwarb zwei Zeitungen mit Auflagen von je 250 000 sowie vier kleinere Provinzzeitungen. Auch die „Banca di Napoli“ und der Bundesverband der Industrie betätigen sich als Verleger. Die Defizite fast all dieser Zeitungen sind so riesig, daß „normale“ Zeitungsverleger gar nicht imstande wären, durchzuhalten. In Italien hat der Versuch, das Minus durch einen rasch steigenden Vertriebspreis auszugleichen, zu einem starken Rückschlag geführt. Die Auflagen sind gesunken, man weiß nicht recht, was daraus werden soll. Außerdem sind die Papierpreise noch viel stärker gestiegen als bei uns, so daß die italienische Presse in einer besonders schwierigen Phase ist.

Merkwürdigerweise hört man in Italien, wo ein Drittel aller Wähler Kommunisten sind und man doch sehr leicht behaupten könnte, die gesamte Presse sei Sklavin der Öl- und anderen Kapitalisten, verhältnismäßig wenig Beschwerden dieser Art. Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die italienischen Industriellen gescheit genug sind, auf die ihnen gehörenden Zeitungen keinen politischen Einfluß zu nehmen. Tatsächlich kann man in Agnellis „Stampa“ so manchen Artikel lesen, der dem Standpunkt der Gewerkschaften näher als den Interessen des „Fiat“-Mehrheitsaktionärs ist. Eine Garantie, daß das immer so bleibt, gibt es aber ganz sicher nicht. Darum ist die Unabhängigkeit – wie ich zu zeigen versuchte – nicht nur in

England, sondern auch in Italien stark bedroht.

Pressefreiheit ist nicht eine Freiheit neben anderen, sondern sie ist die Grundlage aller Freiheiten. Die durch Verfassung und Gesetz geschaffenen Institutionen würden rasch zu autoritären Gewalten entarten, wenn sie nicht in freier Meinungsäußerung und durch öffentliche Diskussion kontrolliert würden. Darum ist eine unabhängige Presse absolut unentbehrlich, und ebendarum hat das Grundgesetz durch den Artikel 5, der die Pressefreiheit garantiert, der Presse ein konstitutives Recht gegeben. Um so unverständlicher ist es, daß die Regierung den Zeitungen nicht nur keine Hilfeleistung bietet in dieser außerordentlich schwierigen Situation, sondern auf ihre Weise noch zur Verstärkung des Kostendrucks und damit zur Beschleunigung des Konzentrationsvorganges beiträgt, indem sie die Postgebühren erhöht und die Mehrwertsteuer erhebt. In den meisten Ländern Europas sind die Zeitungen längst von Umsatzsteuer befreit: so beispielsweise in Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und in der Schweiz.

Die Bundesregierung garantiert die Pressefreiheit, aber eine Presse, die alle Energien aufs Überleben konzentrieren muß, ist keine freie Presse und kann keine freie Presse sein. Seit die „Günther“-Kommission im Jahre 1969 ihren besorgniserregenden Bericht vorgelegt hat, ist nichts geschehen. Jetzt, so scheint es, kommt vielleicht etwas in Gang. Was dabei herauskommt, weiß man noch nicht. Bekannt ist nur, daß der Bundesverband der deutschen Verleger sich verpflichtet hat, bis Ende Januar 1975 Daten über die wirtschaftliche Lage der Presse zu sammeln und diese einem interministeriellen Staatssekretärs-Ausschuß vorzulegen, der für das Parlament einen Hilfsvorschlag ausarbeiten wird.

Aber jetzt schon ist ein Streit über die Art der Hilfe entstanden. Die Regierungsparteien sind gegen das Gießkannenprinzip, also dagegen, daß allen Armen wie Reichen in gleicher Weise geholfen wird. Globale Steuererleichterungen – so heißt es – würden schon einem der sieben großen Verlagshäuser so viel einbringen, wie ein mittlerer Zeitungsbetrieb im Jahr an Umsatz hat.

Der Abgeordnete Lutz von der SPD sagte im Parlament: „Ein Konzept, das dem Großen im Zeitungsbereich finanzielle Mittel verschafft, um seine Hechtrolle im Karpfenteich der bundesdeutschen Gazetten weiterspielen zu können, ist sinnlos.“ Die Opposition meint dagegen, daß es sehr schwer sein werde, die Auswahlkriterien für eine gezielte Förderung zu bestimmen. Der Abgeordnete Narjes von der CDU sprach von einem „Hebel für die Selektion nach politischem Wohlverhalten“. Beide Argumente sind einleuchtend, und man kann sich vorstellen, daß jede Entscheidung – welche letzten Endes gefällt wird – mit Sicherheit nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile bringen wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, ihnen ein Bild der Situation zu geben, in der die Presse sich augenblicklich befindet. Sie ist gekennzeichnet durch die Stichworte Kostenschere und Konzentration.

Dieser ganze Bereich stellt das Wirkungsfeld des Verlegers und der Geschäftsleitung dar. Dem Journalisten steht er im Grunde fern. Der Journalist hat andere Sorgen. Und der Leser, der Ärger mit der Presse hat, empfindet diesen auch nicht gegenüber dem Verlag, sondern stets gegenüber der Redaktion, also den Journalisten; denn über sie ärgert er sich nur, nicht über den Verlag. Lassen Sie mich darum die Gelegenheit wahrnehmen und jetzt noch einiges zu dem Bereich der Redaktion und den Problemen der Journalisten sagen.

Oft wird der Redaktion der Vorwurf gemacht, sie habe nicht genau genug recherchiert. Wer von uns kennt nicht die Frage: Warum haben Sie denn nicht mich oder X oder Y angerufen, um diese Meldung zu verifizieren? Wir kennen auch die Antwort: Weil entweder keine Zeit war – bei Tageszeitungen spielt die Angst, die Konkurrenz könne schneller sein, eine sehr große Rolle – oder auch, weil der Redakteur befürchtet, daß X oder Y ihn doch nur beschwören würde, diese Nachricht, die zwar richtig, aber für ihn sehr ungünstig ist, nicht zu bringen.

Schließlich gibt es Fälle, in denen es nicht möglich ist, eine Meldung zu prüfen, beispielsweise bei Behauptungen, die – sagen wir einmal – im Eifer des Wahlkampfes aufgestellt werden, bei Nachrichten von fernen Schauplätzen sowie auch dort, wo gezielte Informationspolitik von Parteien oder Industrieunternehmen geübt wird. Natürlich gibt es auch Leute, die das eigene Verschulden einfach auf die Presse abschieben. Nach den bayerischen Wahlen im Oktober letzten Jahres warf der Münchner SPD-Vorsitzende Schöfberger allen Münchner Zeitungen – wirklich allen, von den links-liberalen bis zu Strauß' „Bayernkurier“ – vor, sie seien an der Niederlage der SPD schuld, weil sie nämlich zu viel über die inneren Konflikte der SPD berichtet hätten! Sehr beliebt ist auch die Methode vieler Politiker, die sich mit irgendwelchen Aussagen zu weit vorgewagt haben und damit in Schwierigkeiten geraten sind, zu behaupten, die Presse habe sie falsch wiedergegeben.

Immer wenn eine Zeitung neu gegründet wird oder ihr Jubiläum feiert, heißt es in der Festrede, Kommentare seien frei, Tatsachen aber heilig. Jedem Volontär bei jeder ernsthaften Zeitung der Welt wird von seinem ersten Tage an klargemacht, daß diese beiden Dinge – Meinung und Nachricht – deutlich auseinandergehalten werden müssen.

Manche Leute sagen, um die Wahrheit ihrer Angaben zu beschwören: Das hat nichts mit Meinung zu tun, das sind reine Tatsachen. Aber was sind reine Tatsachen, reine Fakten? Es gibt keine abstrakten Fakten, keine brutta Facta. Darüber muß man sich klar sein. Alle Fakten sind vom Beobachter abhängig. Draußen und drinnen, Subjekt und Objekt existieren nicht getrennt voneinander, sondern stehen in einem ganz bestimmten Kontext zueinander. Philosophie und Naturwissenschaft wissen das längst. Das Thermometer, das man in eine Flüssigkeit taucht, um ihre Temperatur zu messen, verändert diese Temperatur. Fakten oder auch Informationen über Fakten sind abhängig von Vorurteilen im Sinne von vorausgegebenen Lebenszusammenhängen, beispielsweise von Erfahrungen, von Herkunft oder politischer Einstellung. In einer Nachricht steckt bereits die Meinung anderer. Information und Meinung haben eben in gewisser Weise den gleichen Denkgemeinschaft. Der Journalist hat darum ähnliche Schwierigkeiten wie der Jurist, der versucht, den Hergang eines Ereignisses aus Zeugenaussagen zu rekonstruieren.

Ein ganz anderes, aber nicht weniger großes, sogar immer größer werdendes Problem ist die Informationswelle, die täglich in gewaltigen Eruptionen rund um die Welt läuft. Eine Agentur wie „dpa“, also keine der ganz großen, erhält am Tag zirka 800 000 Meldungen und gibt ungefähr 90 000, also etwas mehr als 10 Prozent, wieder aus. Da erhebt sich die Frage: Kann Selektion wirklich objektiv vorgenommen werden? Ist nicht jede Selektion praktizierte Meinung? Als erster hat doch derjenige, der der Nachrichtenagentur Meldungen bringt, ausgewählt, ob er diese oder jene nehmen soll. Dann wählt die Agentur aus. Welche 90 Prozent läßt sie weg, welche 10 Prozent gibt sie weiter? Schließlich entscheidet der Empfänger – die Zeitung –, was er nimmt und was er wegläßt.

Oft ist die Auswahl insofern zufällig, als die Entscheidung, ob eine bestimmte Meldung mitkommt oder nicht, davon abhängt, wieviel Platz zur Verfügung steht. Eine Nachricht, die gar nicht erscheint, wenn viel Stoff da ist, wird prominent aufgemacht, wenn sonst nichts los ist. Der Leser meint dann unter Umständen, in dieser Platzierung eine besonders raffinierte Perfidie der Redaktion erkennen zu sollen. Dabei beruht es eigentlich entweder auf Zufall, auf technischen Gründen, Zweckmäßigkeit oder manchmal auch auf Schlamperei der Post oder des Autors, der den Artikel, der eigentlich an der Stelle hätte stehen sollen, nicht rechtzeitig geliefert hat.

Manche Bürger, vor allem konservative, sind der Meinung, die Presse sei an allem schuld. Sie sei es, die alles ruiniere: Autorität, Tradition, Sitte, jegliche Werte. So glaubten beispielsweise die Weißen in Südafrika lange Zeit, an der Rebellion der Schwarzen sei nur die internationale Presse schuld. Und hierzulande sind viele davon überzeugt, daß die Radikalen samt ihren Forderungen nie ein Problem geworden wären, wenn die Journalisten

nicht so viel darüber berichtet hätten.

Da sitzt ein merkwürdiger Zwiespalt: Die Leute wollen möglichst viel erfahren, wollen optimal informiert werden, aber hinterher machen sie denjenigen, der die Übermittlung, die Schilderung vornimmt, verantwortlich für die Ereignisse, die ihnen berichtet werden. Es war eben von jeher so, daß sich der Zorn des Publikums weit mehr auf die Übermittler böser Informationen als auf die Übeltäter selbst konzentriert.

In den USA war ein Teil der Bürger überzeugt, daß es nur an der sensationslüsternen und rachsüchtigen Presse lag, daß Präsident Nixon in so große Schwierigkeiten geriet. Dabei hatte die Presse die Meldungen über „Watergate“ doch nicht erfunden. Sie haben sich alle bestätigt, und es war nicht die Presse, sondern die Regierung, die ihr Volk fehlinformiert und belogen hat.

Auch heute noch geht in Amerika die erregte Diskussion über Macht und Rolle der Presse weiter. Die einen sagen: Ja, es war eine Hexenjagd! und meinen, eine vom Präsidenten stets verachtete Presse habe an ihm Rache genommen. Die anderen erklären, die Journalisten hätten den „Pulitzer“-Preis – das ist die höchste Auszeichnung, die jemand in diesem Bereich in Amerika bekommen kann – sehr wohl verdient; denn ohne sie wäre die Wahrheit nie an den Tag gekommen, hätte das Volk nie erfahren, mit wie vielen Tricks und Lügen es regiert wurde, ergo hätte die Korruption, die unter Nixon eingerissen war, sich immer weiter ausbreiten können.

Wäre die Wahrheit ohne die Presse wirklich nicht aufgedeckt worden? Oder hätte es vielleicht nur ein bißchen länger gedauert, weil der Kongreß und die Gerichte, die letzten Endes die wirkliche Arbeit geleistet haben, gründlicher sind und mehr Zeit brauchen?

Vieles spricht dafür, daß die Wahrheit ohne jene beiden jungen Reporter der „Washington-Post“, Carl Bernstein und Bob Woodward, die ganz in dieser „Watergate“-Stöberei aufgegangen sind, vielleicht nie an den Tag gekommen wäre; denn die anderen Zeitungen hatten gar nicht bemerkt, wie brisant und konsequenzenreich der Einbruch in das „Watergate“-Hauptquartier war. Ein großer Teil der amerikanischen Presse hatte sich darum anfangs schützend hinter Nixon gestellt. Die – in Anführungszeichen – böse „Washington-Post“ wurde vom Weißen Haus auf vielfältige Weise diskriminiert, ihr Chefredakteur wurde immer wieder mit Telefonanrufen von offiziellen und halboffiziellen Leuten behelligt, die jene beiden Reporter, die den Fall recherchierten, anschwärzten. Erst nach Monaten, als sich herausgestellt hatte, daß offenbar ein Meineid vorlag und es einen Geheimfonds gab, aus dem Wahlhelfer Nixons angeblich 50000 Dollar entnommen hatten, stieg allmählich die gesamte Presse ein.

Es hatte also nicht als Hexenjagd begonnen, sondern erst, als immer deutlicher wurde, wie korrupt abgefeimt und bedenkenlos die Entourage des Präsidenten im Weißen Haus war und wie verschlagen und verlogen der Inhaber der höchsten Macht selbst, erst da setzte die Kritik ein, die sich – durch Nixon immer wieder herausgefordert – zu einem Trommelfeuer verstärkte.

Alles, was mit dem Verhältnis der Presse zur Regierung zusammenhängt, ist kompliziert. Oft heißt es ärgerlich: Ihr müßt immer an allem herumrörgeln. Als die CDU an der Regierung war, habt ihr kein gutes Haar an ihr gelassen, und jetzt, wo die SPD regiert, macht ihr es mit ihr nicht viel besser. Nun, das sollte eigentlich niemand wundernehmen. Die wichtigsten Funktionen der Presse sind ja nun einmal, erstens: den Bürger zu informieren, zweitens: die Machthaber und alle, die Macht ausüben, zu kontrollieren.

Es ist zwar richtig, daß die Kontrolle in erster Linie Aufgabe der Opposition ist, aber die Opposition nimmt diese Funktion nicht immer wahr. In der Zeit der großen Koalition in der Bundesrepublik haben SPD und CDU, die zusammen regierten, sich beispielsweise gegenseitig geschont und die kleine FDP war gar nicht in der Lage, diese Pflicht in vollem Umfang wahrzunehmen. Damals war es die Presse, die sehr oft die Opposition darstellte.

Immer dann, wenn die Opposition aus Unvermögen oder Opportunismus ihrer natürlichen Pflicht, Kontrolle auszuüben, nicht nachkommen



kann oder will, benutzt sie gern die Presse. Das geschah im „Watergate“-Verfahren, das ist auch im Kampf der CDU gegen die Ostverträge, wie wir uns erinnern, häufig angewandt worden. Die Veröffentlichung des Bahr-Papiers, die vorzeitige Veröffentlichung des Warschauer Vertrages, des Moskauer Vertrages oder die Geheimberichte des deutschen Botschafters in Washington an das Auswärtige Amt in Bonn, die plötzlich in der Presse auftauchten – das waren solche Versuche.

Immer wieder werden den Journalisten Tips und Informationen zugesteckt. Diese Methode, parteipolitische Gegner zu bekämpfen, ist in allen Ländern üblich. Solche zusätzlichen Gratisinformationen sind aber gar nicht so begehrt, wie der Außenstehende vielleicht meinen mag, weil die Quelle ja in all diesen Fällen nicht genannt werden darf und die Wahrheit der Behauptungen, die einem zugesteckt werden, daher nicht recherchiert werden kann. Für den Journalisten ist das eine schwierige Situation. Er weiß nicht, wie zuverlässig die Information ist, er kann auch nicht beurteilen, ob der Informant vielleicht nur ein Dementi provozieren will oder irgendeinen Kommentar. Wenn Journalisten sich dennoch darauf einlassen, so mindert das *à la longue* die Qualität ihrer Berichte. Als Folge tritt das ein, was man häufig hört: Das Publikum meint, die Presse sei immer auf seiten der Opposition und also auf einem Auge blind.

Dabei muß nun wirklich einmal gesagt werden, daß es *die* Presse als einheitliche Willensbildung, als geschlossene Machtgruppe gar nicht gibt; denn immer ist einer für irgend etwas – sei es Entspannung, Ostverträge, Mitbestimmung – und ein anderer dagegen.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß es zwischen Regierung und Presse sozusagen einen eingebauten Konfliktmechanismus gibt. Der Gegensatz entsteht durch die Geheimhaltungspflicht der Regierung und die Informationspflicht der Presse. Da jede Seite dazu neigt, ihren Aspekt zu übertreiben, die Regierung, indem sie am liebsten alles – vor allem ihre Fehler – mit dem Stempel „Streng geheim“ versieht; die Journalisten, indem sie dazu neigen, keine Grenzen, auch nicht das nationale Interesse, für ihre Tätigkeit anzuerkennen, sind Konflikte relativ häufig.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel hierfür war seinerzeit in Amerika die Veröffentlichung der „Pentagon“-Papiere. Sie erinnern sich: Ein Mann namens Daniel Ellsberg, der erst Angestellter des „Pentagon“ gewesen war, dann zur „Rand“-Corporation ging, hatte Unterlagen, die ihm in seiner Zeit im „Pentagon“ zugänglich waren, an die „New York Times“ gegeben, weil er der Meinung war, daß die US-Regierung das amerikanische Volk über das wahre Ausmaß des Engagements in Vietnam getäuscht habe; und auch darüber, daß Washington Hanoi bewußt und gezielt provoziert hatte, um den Krieg in Vietnam eskalieren zu können.

Die „New York Times“ veröffentlichte damals diese Dokumente mit der einleuchtenden Begründung: Nur wenn das amerikanische Volk die Tatsachen und den Hintergrund einer politischen Entscheidung wirklich begreift, kann man von ihm erwarten, daß es die Rolle spielt, die ihm in unserer Demokratie zugewiesen ist. Die Regierung war anderer Meinung. Sie erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen die „New York Times“. Das Verfahren endete jedoch mit einer historischen Entscheidung: Der Supreme Court, das höchste Gericht, entschied mit 6 gegen 3 Stimmen, daß das Recht des Bürgers auf Information höher zu stellen sei als die Staatsraison, weil – jedenfalls in diesem Falle – die nationale Sicherheit, die die Regierung als Argument angeführt hatte, nicht so eindeutig gefährdet gewesen sei, als daß ein Druckverbot gerechtfertigt gewesen wäre.

Jene aufklärerische Aktion der „New York Times“ wurde später mit dem „Pulitzer“-Preis ausgezeichnet.

Ich muß Ihnen sagen, daß mir die Verleihung dieses Preises damals ein wenig fragwürdig erschien. Zugegeben: Die Regierung hatte es sich leichtgemacht und alle Tatsachen und Zusammenhänge, die für sie peinlich waren, sozusagen unterschlagen. Aber wie, so frage ich mich, kann eine Regierung noch Politik machen, wenn es in das Ermessen eines Journalisten oder einer Zeitung – deren Informationsstand für die Beantwortung dieser

spezifischen Frage gar nicht ausreicht – gestellt ist, zu entscheiden, ob gestohlene Geheimdokumente veröffentlicht werden dürfen oder nicht.

Wie alles in der Politik, ist auch das eine Frage der Grenze. Nur, es gibt keine Regeln, die erkennen lassen, wo diese Grenze verläuft. Das ist gerade die Schwierigkeit. In keinem Falle aber darf es so sein, daß man sich nur auf das Prinzip der Informationspflicht und der Pressefreiheit zu berufen braucht, um auch im Falle des Geheimnisbruchs gerechtfertigt zu sein. Allerdings darf sich die Regierung ihrerseits auch nicht einfach darauf berufen, daß es ihr als Hüterin des allgemeinen Interesses zustehe, das Recht des Volkes auf volle Information beliebig einzuschränken. Auch sie muß abwägen.

Der frühere französische Innenminister Terrenoire hat einmal gesagt: Die Presse muß die Freiheit haben, alles sagen zu dürfen, damit gewissen Leuten die Freiheit genommen wird, alles zu tun. Aber natürlich gibt es Grenzen für dieses „alles sagen“. Die Pressefreiheit endet dort, wo bestimmte allgemeine Gesetze beginnen, beispielsweise die Landesverratsbestimmungen oder die Grundrechte, beispielsweise der Schutz der Menschenwürde und der Persönlichkeit. Immer kommt es dabei auf die Grenzziehung an, im Falle des Schutzes der Persönlichkeit zum Beispiel auf die Grenze zwischen strafbarer Beleidigung und erlaubter Meinungsäußerung.

In der Bundesrepublik ist dem Journalisten weit mehr erlaubt als in angelsächsischen Ländern. Das Abwägungskriterium ist bei uns die Frage, ob der Journalist böswillig und in verleumderischer Absicht oder in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat.

Ein berühmter Fall, der den Ermessensspielraum, der den Gerichten in der Bundesrepublik zugestanden ist, deutlich macht, hat sich hier in Hamburg zugetragen. Es war der Fall Veit Harlan gegen Erich Lüth. Lüth – Sie erinnern sich – war damals der Pressereferent des Senats; er hatte, als Veit Harlan seinen ersten neuen Film gedreht hatte, an den Film „Jud Süß“ aus der Nazizeit erinnert und zum Boykott des neuen Films aufgerufen. Daraufhin hatte Harlan Lüth verklagt. Das Gericht entschied schließlich, Lüth sei nichts vorzuwerfen, weil dem Boykottaufruf eine geistige Meinung und keine kommerzielle Absicht zugrunde gelegen habe. Soviel zum Ermessensspielraum der Gerichte.

Verfahren, die den Tatbestand der Beleidigung betreffen, sind bei uns so langwierig, daß die potentiellen Kläger im allgemeinen darauf verzichten, Klage zu erheben. Das veranlaßt eine gewisse Sorte Journalisten, oft leichtfertig zu handeln, also spekulative Behauptungen aufzustellen oder nicht bewiesene Angaben zu verbreiten, die dann irgend jemanden um Ruf und Ehre bringen. Sehr häufig halten die Betroffenen es dann nicht einmal für nötig, ihren Irrtum öffentlich einzugestehen. Bestenfalls findet man Monate später irgendwo auf einer hinteren Seite eine kleine Notiz.

Vor 100 Jahren war der Beleidigte weit weniger zögernd. Bismarck hat nach seiner Ernennung zum Reichskanzler zeitweise viele hundert Beleidigungsprozesse zur gleichen Zeit anhängig gehabt, und zwar vorwiegend gegen Redakteure sozialistischer und sogenannter ultramontaner Zeitungen.

Das bekannteste Verfahren war wohl das gegen Theodor Mommsen, der im Jahre 1881 – er war Mitglied des Reichstages – in einer Wahlversammlung der Liberalen die neue Wirtschaftspolitik als eine Politik des Schwindels bezeichnet hatte. Mommsen wurde erst nach der zweiten Instanz freigesprochen. Man sieht, wie sehr sich gewandelt hat, was man als beleidigend empfindet. Wir sind da sowohl von Strauß wie von Wehner ganz anderes gewöhnt.

Was eigentlich ist Pressefreiheit?

Erstens gehört zur Pressefreiheit die sogenannte Informationsfreiheit, also der ungehinderte Zugang des Journalisten zu Meldungen, zu Informationen – auch bei Behörden –, die anderen Leuten nicht zugänglich sind.

Zweitens gehören dazu die Freiheit der Berichterstattung – also ein Zensurverbot – und bestimmte Schutzbestimmungen zugunsten des Redaktionsgeheimnisses.

Drittens gehört dazu – aber das ist selbstverständlich – das Grundrecht der

Meinungsfreiheit, das jedem Bürger zusteht.

Meine Damen und Herren! Die Presse ist nützlich, gelegentlich auch unnützlich, aber in jedem Fall unentbehrlich. Sie hat, wie jede Institution, ihre Anfechtungen: Manchmal ist die Versuchung für den Journalisten groß, die Sensation für wichtiger zu halten als die ernsthafte Information oder auch hochstapelnd Wissen vorzutäuschen, anstatt sich an die Arbeit zu machen und zu recherchieren; oder die schlimmste aller Sünden, der Eitelkeit zu frönen, also mehr Wert auf die eigene Brillanz zu legen als auf die Sache, die es darzustellen gilt.

Es gibt – das macht die Sache so schwierig – keinen allgemeingültigen Verhaltenskodex. Jeder Fall muß individuell durchdacht sein, jede Stellungnahme moralisch verantwortet werden. Man kann keine allgemeingültigen Normen aufstellen und keine Lehrsätze in den Journalistenschulen lernen. Es gibt nur eine Richtschnur: Pressefreiheit ist nicht zum Vergnügen der Journalisten da, sondern zum Nutzen des Ganzen.

Es wird viel – wie ich denke, mit Recht – über die Verwilderung der Sitten in unserer Zeit geklagt. Walter Lippmann, der bedeutendste Journalist und politische Schriftsteller Amerikas, der kurz vor Weihnachten gestorben ist, schrieb einmal:

„Es gibt keinen Mechanismus, mit dem man den Stand der öffentlichen Moral auf einer bestimmten Höhe halten kann, und kein Anfall von allgemeiner Rechtschaffenheit kann dazu beitragen, ihn für längere Zeit auf eine höhere Ebene zu heben. Alles hängt von der Norm des Verhaltens ab, die gerade Mode ist; alles hängt von den Spielregeln ab, die die führenden Männer und Frauen einer Gesellschaft glaubhaft praktizieren und denen die meisten anderen sich dann von selbst anpassen.“

Wir leben in einer Zeit, in der über dem vielen Geschwätz von gesellschaftlichen Belangen das Allgemeine und Gemeinsame oft in Vergessenheit zu geraten droht, weil jeder im Grunde doch nur an seinen eigenen Wohlstand denkt und seine eigenen Marotten meint. Manche machen dafür die Presse verantwortlich. Aber, meine Damen und Herren, die Presse ist im Grunde doch nur das Spiegelbild der jeweiligen Gesellschaft.

So gesehen könnte man sagen: Jede Gesellschaft hat die Presse, die sie verdient.

Ich danke sehr. ■